

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3033) vierteljährlich ohne Bestellgeld 66 Pf.; unter Kreuzband 66 Pf. Jahres-Abonnement M. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch, den 25. Oktober
1899.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Ehner), Stuttgart, Blumenstraße 34, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Zurliebachstraße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichniß.

Nach dem Parteitag. — Arbeiterinnenschutz in der Schweiz. Von D. Z. — Aus der Bewegung. — Beschlüsse des Parteitags zu Hannover. — Zur „Egthil des Kampfes“. Eine Entgegnung von Dr. Fr. W. Foerster. — Herrn Foerster zur Erwiderung. Von Lily Braun. — Feuilleton: Ebbe. Novelle von Adele Gerhard.
Notizentheil von Lily Braun und Klara Zetkin: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sittlichkeitsfrage. — Frauenbewegung.

Nach dem Parteitag.

Welches sind die Ergebnisse des sozialdemokratischen Parteitags zu Hannover, des zehnten sozialdemokratischen Parteitags, der seit dem Falle des Sozialistengesetzes, schmachtvollen Angedenkens, stattgefunden hat? Das ist die Frage, die Freund und Feind bewegte, kaum daß die Verhandlungen der „Rothen“ geschlossen waren. Was die Gegner anbelangt, so ist ihre Werthschätzung der sozialdemokratischen Beratungen und Beschlüsse eine zweifache. Die Presse der gewohnheits- und berufsmäßigen Scharfmacher, die sich nicht gleich dem freisinnig-demokratischen Zeitungsgehwister ein X für ein U betreffs der sicheren Spaltung und Mauferung der Sozialdemokratie vorgemacht hat, betont den „umstürzlerischen“ „vaterlandsfeindlichen“ Charakter des Parteitags und hegt mit Hurrah und Hussah zu neuen Ausnahmemaßregeln gegen das kämpfende Proletariat. Die bürgerlich-demokratischen und reformlerischen Blätter und Blättchen dagegen leitartikeln über den Parteitag in der Rolle des betrübten Lohgerbers, dem die Felle davon geschwommen sind, der sich aber mit der närrischen Hoffnung tröstet, im Laufe der Zeit könnten selbige doch vielleicht einmal den Strom zurückgeschwommen kommen. Das Gefühl der hoffnungslosen Schwäche der demokratischen und reformlerischen Parteien und Grüppchen hat den Wunsch geboren, durch das Erbe einer gemaufernten Sozialdemokratie zu erstarren, und dieser Wunsch läßt eine richtige Würdigung der einfachsten Thatsachen nicht zu. So schlußfolgern Blätter des „demokratischen“ und reformfreundlichen „Bürgerthums“ auf eine „Mauferung“, auf eine innere „Umbildung“ aus dem Umstand, daß der Parteitag weder über Bernstein noch sonst Jemand den „Bannfluch“ verhängte — eine Vermuthung, deren Kindlichkeit wiederholt hervorgehoben worden ist —, ferner aus der hohen Werthschätzung, welcher „Rabitale“ wie „Opportunisten“ der praktischen Gegenwartsarbeit beimäßen. Den Refordwunscheriger Gedankenlosigkeit schlägt die „Frankfurterin“, die scharfsinnig ist, wo es sich um die Börse, stumpfsinnig, wo es sich um den proletarischen Klassenkampf handelt. Sie delirirt bereits den Sankt Nimmerleinstag voraus, wo für die Sozialdemokratie über der praktischen Reformarbeit das Endziel zur bloßen „Sonntagsidee“ geworden ist, offenbar wie die Spekulation auf Haufe und Baiffe für die Männer der „sozialen Demokratie“, die mit ihrer Gesinnung und ihrem Geldbeutel hinter dem Sonnemannblatt stehen.

Die Sozialdemokratie selbst kann mit dem Ergebnis des Parteitags zu Hannover vollauf zufrieden sein. Was Noth that, ist geschehen. Eine Auseinandersetzung und Klärung über die Meinungsverschiedenheiten, über die erhobene Kritik und Gegenkritik in den eigenen Reihen hat stattgefunden. Die Partei unterzog ihre Grundanschauungen wie ihre Taktik einer eingehenden

„Revision“. Das Resultat der Verhandlungen erweist klärlieh, daß sie als die alte revolutionäre Sozialdemokratie auf dem Boden des Klassenkampfes steht, an den marxistischen Theorien festhält und bei aller Energie, mit der sie in der Gegenwart für Reformen kämpft, das Ringen um das große Endziel weder abschwächen noch verschleiern will.

Besonders gründlich war die Abrechnung, welche durch Bebel's glänzendes, thatsachenreiches Referat wie durch die mehrtägigen Debatten mit der Bernsteinischen Theorie des Opportunismus erfolgte. Mit geradezu erdrückender Wucht, aber in streng sachlicher Weise und in den ruhigsten Formen gelangte es zum Ausdruck, daß die deutsche Sozialdemokratie Bernsteins Kritik der Verelendungstheorie, seine Auffassung von der Bedeutung der „ethischen“ Faktoren, von der Entwicklung des Mittelstands und der Einkommensverhältnisse zurückweist; ebenso seine Bewerthung des bürgerlichen Liberalismus, seine Ansicht von der allmäligen Sozialisirung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, seine Bedenken gegen die „Fresslegende“ und die Eroberung der politischen Macht. Die vom Genossen Dr. David entwickelte famose „Aushöhlungsstheorie“ trug, wenn auch ungewollt, so doch reblich das Ihrige dazu bei, die Bernsteinische Auffassung ad absurdum zu führen. Bebel's Resolution bedeutet denn auch ein entschiedenes Nein auf die freundliche Aufforderung, die Sozialdemokratie möge sich zu einer demokratisch-sozialistischen Reformpartei ausmauern. Diese ihre Bedeutung wird unseres Erachtens nicht dadurch beeinträchtigt, daß auch die Anhänger Bernsteins ihr beistimmten, ja daß Bernstein selbst sich für sie erklärt hat. Im Zusammenhang mit dem Referat und den Debatten steht die Resolution — wie Bebel in seinem Schlusßwort Punkt für Punkt nachwies — in so schroffem Gegensatz zu der Bernsteinische, daß die Zustimmung zu ihr nicht mehr und nicht weniger ist, als eine nicht umzudentende Absage an die leitenden Grundsätze der opportunistischen Revisions- und Reformvorschlüge. Bernstein selbst aber hat seit seinem Auftreten als „Ueberwinnder der marxistischen Irrthümer“ eine so widerspruchsvolle, unklare, vieldeutige Haltung eingenommen, daß seine Erklärung am allerwenigsten geeignet ist, der Resolution gleichsam den „revolutionären Stachel“ auszuziehen.

Erfreulich wie die Stellungnahme des Parteitags gegenüber der Theorie des Opportunismus, ist der geradezu leidenschaftliche Eifer, mit der die Delegirten sich an den einschlägigen Debatten beteiligten. Das Warum liegt auf der Hand. Die Genossen und Genossinnen theilen nicht jene Auffassung, nach der die Erörterung theoretischer Streitfragen nur eine müßige Spielerei ist. Sie erkennen die Bedeutung, welche eine richtige an den Thatsachen geprüfte Theorie für die Praxis hat, und gerade mit Rücksicht auf die praktische Tagesarbeit und auf den zu führenden Kampf erachteten sie eine Klärung unserer grundsätzlichen Auffassung für nöthig. Kennzeichnend für diese Auffassung ist es, daß der Parteitag gleichsam im Handumdrehen eine Reihe von Verhandlungsgegenständen erlebte, deren Erörterung sonst tagelang zu dauern pflegt. Kennzeichnend für diese Bewerthung ist es ferner, daß sich 29 Genossen und Genossinnen an der Diskussion beteiligten, und daß damit die Reihe der eingezeichneten Redner noch keineswegs erschöpft war.

Was die Debatten anbelangt, so hielten sie sich — soweit sie sachlich geführt wurden — auf einer wahrhaft achtungsgebietenden Höhe. Auf keinem Parteitag war das durchschnittliche Niveau der

Neben ein so hohes, wie in Hannover. Das kämpfende Proletariat hat damit einen glänzenden Beweis seiner sozialpolitischen Bildung und Scholung, seines heißen Ringens um Wahrheit und Klarheit erbracht. Man vergegenwärtige sich, daß die weitaus meisten Derer, die sich klar zu werden suchten über die Gesetze und das Ziel des geschichtlichen Werdegangs; über die gesellschaftlichen Umwandlungen und ihre treibenden Kräfte; über die Aufgaben des Proletariats gegenüber der Gegenwart und Zukunft, nur die dürftige Volksschulbildung erhalten haben und sich ihre Erkenntnis nach harter Frohn mit Hinopferung ihrer Feiertagsstunden, ihrer Nachtstunden erringen, mit schweren materiellen Entbehrungen erkaufen mußten. Unwillkürlich ruft dann ein Ueberblick über die so inhaltreichen Debatten des Parteitags das stolze Lassalle'sche Wort ins Gedächtnis, daß die Arbeiterklasse der Fels ist, welcher die Kirche der Zukunft trägt.

Die Frage nach der Taktik der Sozialdemokratie im Allgemeinen wurde in Verbindung mit der nach den Grundanschauungen der Partei erörtert und beantwortet. Sie bleibt die alte, wie unsere grundsätzliche Stellung zur bürgerlichen Gesellschaft und zu unsrem Endziel die alte bleibt. Bei aller Berücksichtigung der sich aufdrängenden wichtigen Reformarbeit von Tag zu Tag soll die sozialdemokratische Taktik im Zeichen des entschiedenen Kampfes für das Endziel der klassenbewußten Arbeiter stehen: Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der „Expropriation der Expropriateure“. Deshalb keine Abschwächung des proletarischen Klassencharakters der sozialdemokratischen Aktion; den bürgerlichen Parteien gegenüber kein Abschleifen der grundsätzlichen Gegensätze, das eine Politik der „demokratischen Sammlung“ ermöglichen würde, vielmehr ein Festhalten an der bewährten, selbständigen proletarischen Klassenpolitik. So bedeutet auch diese Seite der Verhandlungen ein Zurückweisen der opportunistischen Stimmungen, die sich bei verschiedenen Anlässen in unserem Parteileben zeigten.

Die schärfste Abrechnung mit der Proxis des Opportunismus erfolgte durch die Annahme der Resolution über die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus und zur Miliz, sowie durch die Annahme des Antrags, der sich mit Schippels einschlägiger Stellungnahme befaßt. Bekanntlich hatte es Schippel versucht, die Sozialdemokratie zu der Auffassung zu bekehren, daß an Stelle des schärfsten, grundsätzlichen Kampfes gegen den Militarismus als System nur die Kritik seiner Auswüchse treten müsse, und zwar auf Grund des beruhigenden Glaubens an einen Entwicklungsprozeß, kraft dessen sich das stehende Heer des kapitalistischen Klassenstaats von selbst zur Volkswehr „ansöhle“. Der Parteitag wies die Mahnung zum „Maßhalten“ im Kampfe gegen den Militarismus in der allerschärfsten Form zurück, und die Majorität der Delegierten erklärte die Schippelsche Stellungnahme als einen Verstoß gegen die Grundsätze der Sozialdemokratie.

Es versteht sich am Rande, daß durch die Beschlüsse des Parteitags nicht für jetzt und künftig alle Meinungsunterschiede innerhalb der Sozialdemokratie verwischt und ausgeglichen worden sind. Eine Schablonisierung des Denkens und Wirkens liegt für eine große, lebensstrotzende Partei ebensowenig im Bereich der Möglichkeit, als im Interesse ihrer gesunden Entwicklung. Aber eine solche Schablonisierung hat auch Niemand von dem Parteitag verlangt. Die ihm zugewiesene Aufgabe bestand in einem Anderen. Es handelte sich darum, durch die Verhandlungen und Beschlüsse die Grenze abzusteden, innerhalb deren sich die Meinungsunterschiede bethätigen können, ohne daß dadurch der grundsätzliche Charakter der Partei und die Einheitlichkeit und Geschlossenheit ihres Auftretens gefährdet wird. In ruhiger, milder Form, aber mit wünschenswerther Deutlichkeit ist dies geschehen. Daß eine Erörterung der Grundlagen unseres Seins und Thuns als Partei nicht wieder die Kräfte zersplittere und von praktischer Arbeit ablenke, das liegt nun in erster Linie an denen, welche Neigung hatten, die von Bernstein gewiesenen Wege zu wandeln, welche über die Grenzen hinausführen, die der Sozialdemokratie durch ihr Wesen selbst gezogen sind. Vorstöße in dieser Richtung werden jederzeit unvermeidlich eine Gegenaktion herausfordern.

Gefestigt, einig und zielklar wie je steht die Sozialdemokratie ihren Feinden gegenüber, setzt sie ihre Tagesarbeiten fort. Im Kampfe wider die Zuchtensvorlage wird sie zunächst ihre

volle Kraft, ihre unbeugsame Energie entfalten. Der Frauenagitation soll regere Förderung zu Theil werden, wie die Annahme der Anträge beweist, welche als Resultat einer besonderen Besprechung seitens aller weiblichen Delegierten eingebracht worden sind. Wir werden auf die betreffenden Beschlüsse und die sich daraus für die Genossinnen ergebenden Aufgaben in nächster Nummer ausführlich zurückkommen. Hervorgehoben sei nur noch, daß die weiblichen Delegierten nicht nur im Interesse der proletarischen Frauenbewegung gewirkt haben, sondern den regsten, ja einen hervorragenden Antheil an der Erörterung der allgemeinen Parteifragen nahmen. Genossin Ziehs Rede gegen die Bernstein'schen Theorien gehört zu dem Besten, was auf dem Parteitag ausgeführt worden ist.

Der Sozialdemokratie ist eine weltgeschichtliche Aufgabe ohnegleichen zugefallen. Sie kämpft einen Kampf, wie er opferreicher, schwerer, aber auch schöpferischer und kulturfördernder von keiner Partei geführt worden ist. Sie hat Tagesarbeiten zu bewältigen, wie sie verwickelter, reicher und aufreibender nicht gedacht werden können. Rastlos, mit Anspannung aller Kräfte muß sie arbeitend kämpfen und kämpfend arbeiten, damit die Gegenwartssklaven auch zu Gegenwartskämpfern und zu Zukunftsfreien werden. In schier grenzenloser Ausdehnung liegt ihr Wirkungsgebiet da. So müssen auch die Tage von Hannover in den lauten, eindringlichen Aufausklingen: In den Kampf! An die Arbeit!

Arbeiterinnenschutz in der Schweiz.

In der Stadt Zürich waren Ende 1898 dem kantonalen Arbeiterinnenschutzgesetz 426 Geschäfte mit 1243 Arbeiterinnen und Lehrlingmädchen unterstellt gegenüber 627 Geschäften mit 1649 Arbeiterinnen in 1897. Der Vergleich zeigt, daß im vorigen Jahre 201 Geschäfte und 406 Arbeiterinnen weniger als 1897 dem Gesetze unterstanden. Dieser Rückgang ist ein so bedeutender und auffallender, daß er unbedingt in dem Bericht des Stadtraths, dem wir die Zahlen entnehmen, hätte erklärt werden müssen. Allein kein Wort ist darüber gesagt. Das ist nun wohl auch „Sozialpolitik“, aber nur solche, wie sie nicht sein soll.

Eine sehr rührige Thätigkeit entfaltet die organisierte Arbeiterschaft in Luzern, um das kantonale Arbeiterinnenschutzgesetz zur wirklichen Durchführung zu bringen. Im dortigen Arbeiterorgan, dem „Demokrat“ ist jüngst ein neuerlicher Aufruf an die Arbeiterschaft und an das übrige arbeiterschuttfreundliche Publikum veröffentlicht worden, der zur Mithilfe bei der Ueberwachung des Gesetzes auffordert. Gleichzeitig wurde das kantonale Arbeiterinnenschutzgesetz in seinem ganzen Wortlaut veröffentlicht. Man hat von sozialdemokratischer Seite noch einen weiteren Schritt gethan und die nachlässige Handhabung des Arbeiterinnenschutzgesetzes im Großen Stadtrath (Gemeindevertretung), dem zehn Sozialdemokraten angehören, zur Sprache gebracht. Aber da verhielt sich die bürgerliche Mehrheit geradezu miserabel. Der städtische Polizeidirektor, dem doch zunächst die Handhabung des Gesetzes obliegt, meinte u. A., „daß man schon des Fremdenverkehrs wegen nicht allzu scharf vorgehen dürfe. Es gehört zur Fortdauer des guten Rufes der Fremdenindustrie, daß man überall konkurrenzfähig ist, den Fremden ihre gewünschten Artikel bald liefern kann. Man muß darum Rücksicht nehmen und man könnte sich bloß beim Gesetzgeber beschweren, daß er den städtischen Verhältnissen nicht Rechnung getragen.“ Diese Aeußerung ist eine blutige Verhöhnung des Arbeiterschutzes durch eine Amtsperson. Ein Liberaler, der Arzt Dr. Näf, versuchte es mit der altbeliebten, aber darum nicht minder blödsinnigen Verdächtigung der Motive der Sozialdemokratie. „Er würde ein Freund der Interpellation sein“, so erklärte er, „wenn die Interpellanten wirklich das Wohl der Arbeiter und nicht andere Tendenzen verfolgten. Er habe jedoch den Eindruck, die Sozialdemokraten wollten damit der Stadt nur zeigen, daß allein sie die Arbeiterinteressen vertreten.“ Die letzte Hälfte seiner Behauptung stimmt. Der Herr Doktor „hat übrigens als Arzt nicht die Ueberzeugung, daß das Glück des Arbeiters in kurzer Arbeitszeit und hohem Lohne bestehe, sondern in solider Lebensweise und guter Ernährung. . .“ O heilige Einfalt! Man sollte es kaum für möglich halten, daß ein gebildeter Mann, ein Arzt, solch bornirtes Geschwäh in städtischen Parlament vorbringt; allein die Wahrnehmung der Geldsacks- und Ausbeuterinteressen läßt vor dem größten Unsinn nicht zurückscheuen. Unser Genosse Albisser, Advokat, fertigte die Herren gründlich ab. Aber das Ergebnis war trotzdem, daß der Antrag des liberalen Gotthardbahndirektors Bueß, wonach der Stadtrath aufgefordert werden sollte, über die Handhabung des Arbeiterinnen-

Schutzgesetzes Bericht zu erstatten, mit 28 gegen 10 Stimmen abgelehnt wurde. Die städtischen Behörden werden also fortwähren, so daß die organisierte Arbeiterschaft sich umso mehr wird ins Zeug legen müssen, damit den Arbeiterinnen ihr Recht zu Theil wird. Glücklicherweise steht Luzern mit seinem Widerstand gegen den Arbeiterschutzes wohl allein in der ganzen Schweiz da.

Vor Kurzem sind auch die Berichte der 25 Kantonsregierungen über die Durchführung des Fabrikgesetzes in den beiden Jahren 1897 und 1898 erschienen. Dieselben lassen neuerdings erkennen, was man bereits weiß, daß es mit der Handhabung dieses Gesetzes im Allgemeinen nicht unbefriedigend steht. Bemerkenswerth ist folgende Aeußerung im Bericht der St. Galler Regierung: „Bedauerlich und hie und da auch recht verdrießlich ist es, daß mitunter Arbeiterkreise, denen der genaue Vollzug dieses Bundesgesetzes in erster Linie am Herzen liegen sollte, den bezüglichen Vollzugsorganen von Uebertretungen der Arbeiterschutzes keine Anzeige machen, dagegen sich in ihren vertrauten Kreisen über mangelhafte Ausführung derselben beklagen.“ Dieser Vorwurf ist wohl zum Theil berechtigt, aber auch nur zum kleinen Theil. In St. Gallen besteht z. B. schon seit längerer Zeit eine von der organisierten Arbeiterschaft gewählte Kommission, welche die Durchführung der gesetzlichen Schutzvorschriften überwacht, und sodann können in den meisten Fällen die Arbeiter von Gesetzesübertretungen keine Anzeige machen, ohne dabei ihre Arbeitsstelle zu riskiren.

Nach dem Schaffhauser Bericht klagten Arbeiterinnen eines Geschäftes der Lederbranche über den Aufseher wegen Sittlichkeitsvergehen, worauf die Polizeidirektion sofort eine Untersuchung einleitete, um die Entlassung des Schuldigen zu bewirken. Die Untersuchung förderte Dinge zu Tage, die Veranlassung zur Ueberweisung der Alten an die Strafgerichte gaben.

In mehreren Fällen wurden Uebertretungen der Bestimmungen zum Schutze der Wöchnerinnen konstatiert und dann theils kleine Bußen über die Schuldigen verhängt, theils Klagen erttheilt. Die zu milde Bestrafung der Uebertretungen der Arbeiterschutzes durch die Gerichte bildet auch in der Schweiz eine häufige Klage.

Zum Schutze noch etwas vom Schutze des Wirthschaftspersonals. Im Kanton Graubünden wurde ein neues Wirthschaftsgesetz geschaffen und in dasselbe wurden auch Bestimmungen zum Schutze des Personals aufgenommen. Danach dürfen Mädchen unter dem zurückgelegten achtzehnten Altersjahr, die nicht zur Familie des Wirthes gehören, nicht als Kellnerinnen verwendet werden. Jede übermäßige Anstrengung des Dienstpersonals in Wirthschaften ist untersagt. Der Betrieb der Wirthschaften ist so einzurichten, daß jeder im Dienste des Wirthes stehenden Person von 24 Stunden wenigstens 7 Stunden ununterbrochene Schlafenszeit zukommt. Im Weiteren hat das Dienstpersonal Anspruch auf wöchentlich mindestens vier zusammenhängende Stunden Freizeit. Nachts 12 Uhr sollen die Wirthschaften geschlossen sein. Es bleibt den Gemeinden vorbehalten, für bestimmte Tage oder Anlässe Ausnahmen von dieser Regel aufzustellen, sowie auch den Wirthschaftsschluß auf eine frühere Stunde anzusetzen. Diese Bestimmungen bleiben erheblich hinter denjenigen zurück, welche im Kanton Zürich gelten. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß selbst diese bescheidenen Vorschriften nicht innegehalten werden. Solcher papierener Arbeiterschutzes ist billig und sieht modern aus. D. Zinner.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. In den letzten Monaten agitierte Genossin Ziek-Hamburg in Pommern und Westpreußen. Sie sprach in den Städten Stettin, Pommernsdorf, Zülchow, Jahnitz, Wolgast, Greifenhagen, Barth, Köslin und Danzig. Mit einer einzigen Ausnahme waren die Versammlungen sehr gut besucht, auch von Frauen. In Danzig bot die Versammlung ein eigenenthümliches Bild. In dem einzigen Lokal, das unseren Genossen dort zur Verfügung steht, ist es dem Wirth an Versammlungstagen von acht Uhr Abends ab verboten, irgend welches Getränk anzuschicken. Da die Versammlungsbefucher aber bei der tropischen Hitze im August unmöglich den ganzen Abend „trocken“ sitzen konnten, hatte der Wirth, der die „freundliche Fürsorge“ der Behörde sehr humorvoll auffaßt, auf alle Tische große Krüge und Flaschen mit Wasser gestellt, und fröhlich wurde mit den mit „Gänsewein“ gefüllten Gläsern angestoßen. Eine neue Form der Bekämpfung der Arbeiterbewegung! Denn unbedingt liegt der Maßregel die Absicht zu Grunde, uns auch noch das letzte Lokal abzutreiben. Bis dato ist das allerdings nicht gelungen. Der Wirth erklärte den Arbeitern: Erhalte ich nur meine Auslagen für Gas und Reinigung ersetzt, so könnt ihr soviel zu mir kommen, wie ihr wollt, ihr seid stets willkommen. In Greifenhagen hatte die Behörde unter der Androhung, bei einer Zuwider-

handlung unsererseits die Versammlung aufzulösen, den Frauen verboten, an derselben theilzunehmen, und zwar mit der Begründung, daß die Frauen das Versammlungsbefuchen noch nicht gewöhnt seien. Wie fürsorglich! Wir sind allerdings der Meinung, daß die Frauen nicht nur diese Fürsorge entbehren können, sondern daß sie sich dieselbe ganz energisch verbitten müssen. Die Behörde hat eben nichts zu erlauben bei Anmeldung von Versammlungen, sondern nur zu bescheinigen, daß wir der vereinsgesetzlichen Pflicht genügt haben. Das können leider viele Ortsgewaltige noch immer nicht begreifen, und daher müssen wir fortwährend neben dem Kampfe mit dem Indifferentismus der Massen noch den Kampf gegen die Behörden führen. Das Ergebnis dieser Agitationstour war die Gewinnung von 250 Mitgliedern für verschiedene Gewerkschaften. In Jahnitz z. B. wurden allein 130 Arbeiter der Organisation zugesührt. Man sieht, es geht auch in Pommern und Westpreußen vorwärts, trotz der großen Hindernisse, die gerade hier unsere vielen Gegner unserer Wirksamkeit entgegenstellen.

In der Zeit vom 16. bis 30. September unternahm Genossin Ziek eine Agitationstour für die Fabrikarbeiter durch das Herzogthum Braunschweig. Versammlungen fanden statt in Burg, Thiede, Broihem, Wolfenbüttel, Goslar, Eschershausen, Holzminden, Blankenburg, Thale, Schöningen, Helmstedt, Braunschweig, Belpke und Hildesheim. Mit wenigen Ausnahmen waren dieselben sehr gut besucht, aber aus Rücksicht auf das famose braunschweigische Vereinsgesetz fast lediglich von Männern. Besonders zahlreich besucht war die Versammlung in Eschershausen. Nicht nur aus dem Orte selbst, sondern ebenfalls aus der Umgegend waren die Besucher herbeigeeilt, alles wetterfeste Männer mit schwielenharten Händen, die in den nahen Steinbrüchen den beliebten rothen Sandstein gewinnen, dem Schoß der Erde den Asphaltein abringen, im nahen Walde das Holz für die Glashütte fällen oder in dumpfen Fabrikräumen ihr schweres Tagewerk verrichten. Sie alle folgten nicht nur mit großem Interesse dem Vortrag, sondern gaben auch durch Zwischenrufe und lebhaftes Betheiligung an der Diskussion ihre Zustimmung kund. Circa 200 Personen wurden als neue Mitkämpfer dem Verband zugesührt. L. Z.

In den schlesischen Orten Striegau und Dorfbach bei Wüste-Giersdorf hielt Genossin Vaader-Berlin kürzlich gut besuchte Versammlungen ab, in denen sie über das Thema referirte: „Die Arbeiterin im Kampfe um's Dasein und die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.“ In Striegau waren zu der Versammlung 500 Personen erschienen, darunter etwa 350 junge Mädchen und Frauen, die für diesen Nachmittag dem sonst üblichen Tanzergnügen entsagt hatten. Die Versammlung verlief ausgezeichnet. Viele der Anwesenden ließen sich in die ausgelegten Listen zur Aufnahme in die Organisation einzeichnen. Auch in Dorfbach konnten wir mit dem Besuch und dem Verlauf der Versammlung sehr zufrieden sein. In diesem Webersdörchen hatten sich etwa 150 Personen eingefunden, davon waren mehr als die Hälfte Frauen. Die Arbeiterinnen erwachen auch in Schlesien immer mehr und mehr zu dem Bewußtsein, daß sie selbst Hand ans Werk legen müssen, wenn sie eine Besserung ihrer Verhältnisse herbeiführen wollen, die, wie wir an anderer Stelle berichten, die denkbar schlechtesten sind, so daß man in der so herrlichen Gegend fast nur zwerghafte, verkümmerte Menschen sieht. O. B.

Weibliche Delegirte zum Parteitag von Hannover. An dem Parteitag nahmen fünf Genossinnen theil: Genossin Wengels, welche als Delegirte des 1. Berliner Wahlkreises in öffentlicher Versammlung gewählt worden war; Genossin Ziek, welche von einer öffentlichen Versammlung mit der Vertretung des 1. Hamburger Wahlkreises betraut wurde; Genossin Luxemburg, der die Parteikonferenz der Genossen von Greiz a. L. ein Mandat übertragen hatte; Genossin Zettin als Mitglied der Parteileitung und Genossin Braun, welche Mandate für den 15. Hannoverschen Wahlkreis und Glauchau-Stadt erhalten hatte. Genossin Ziek wurde als Schriftführerin in das Bureau des Parteitags gewählt, an dessen Arbeiten sich alle Genossinnen sehr eifrig betheiligten haben.

Anträge der Genossinnen zum Parteitag. Der Antrag der Berliner Genossinnen, die Streichung des Passus unseres Organisationsstatuts betreffend, welcher den Frauen das Recht verleiht, in besonderen Versammlungen Delegirte zum Parteitag zu wählen, fand nicht genügende Unterstützung und gelangte mithin nicht zur Berathung. In einer Besprechung, die behufs Stellungnahme zu diesem Antrag, wie zur Frage der Frauenagitation überhaupt stattfand, hatten sich die meisten Rednerinnen und Redner aus praktischen Gründen gegen den Antrag ausgesprochen. Vertheidigt wurde er vor Allem von den Genossinnen Braun und Steinbach, von Ersterer mit prinzipiellen, von Letzterer mit praktischen Erwägungen. Von der anderen Seite wurde gegen den Antrag vor Allem auf die

vereinsgesetzlichen Hindernisse hingewiesen, welche sich in mehreren Staaten dem entgegenstellen, daß die Frauen politische Versammlungen besuchen. Das Vereinsrecht ist in Bayern zwar reformirt worden, allein auf Grund der herrschenden Praxis — die sich auf eine Entscheidung des obersten Gerichtshofs stützt — können die Proletarierinnen nach wie vor von den politischen Versammlungen ausgeschlossen werden. In Braunschweig, Anhalt, Greiz und noch anderen kleinen Bundesstaaten besitzen die Frauen kein politisches Vereins- und Versammlungsrecht. Dazu muß noch eins berücksichtigt werden. Die Lebensverhältnisse legen den Proletarierinnen so zahlreiche und schwere Aufgaben auf, bebürden sie als Lohnarbeiterinnen und als Frauen mit soviel Arbeiten, daß sie im Allgemeinen nicht in dem Umfange und mit der Intensität unmittelbar am politischen Kampfe theilnehmen können, wie ihre Klassengenossen. Schon in Folge der geringeren Zahl, die sie zu den im Vordertreffen stehenden Kämpfern stellen, können sie im Allgemeinen nicht unter den gleichen Bedingungen wie die Genossen mit diesen um die Mandate konkurrieren. Die Ungunst der Bedingungen, unter denen die proletarische Frau in der Bewegung arbeitet und kämpft, muß deshalb ausgeglichen werden; ihre Sonderstellung muß ein Sonderrecht bedingen. Wenn auch im Proletariat mehr als in jeder anderen Bevölkerungsklasse die Tendenz lebendig ist, die Frauen als gleichwertige und gleichberechtigte Mitkämpferinnen und Mitarbeiterinnen anzuerkennen, so fehlt es doch hier und da nicht an rückständigen und vorurtheilsvollen Genossen, welche sich der Delegirung einer Genossin widersetzen. Leider giebt es auch noch Orte, wo Genossen und Genossinnen nicht derart harmonisch zusammenarbeiten, daß die gemeinsame Wahl einer Delegirten möglich ist. All diese Gründe und andere noch wurden für das Fortbestehen des betreffenden Passus angeführt. Die Genossinnen von Gera und anderen Städten hatten sich in Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse gegen die beantragte Streichung des Passus erklärt. Der Antrag der Berliner Genossinnen wäre denn auch — wie die Majorität von ihnen selbst bestimmt — zurückgezogen worden, wenn nicht die Delegirten des Wahlkreises Teltow-Beeskow ihn aufrechterhalten hätten. Praktisch ist dadurch, wie weiter oben mitgetheilt wurde, an dem Schicksal des Antrags nichts geändert worden. Der Antrag der Dresdener Genossinnen, betreffend die Herausgabe eines Flugblatts zur Zuchthausvorlage, mit besonderer Berücksichtigung der Interessen der proletarischen Frauenwelt, ist unseres Erachtens durch den Beschluß erfüllt worden, eine Broschüre herauszugeben, welche vom Standpunkt der Proletarierinnen aus gegen die Zuchthausvorlage protestirt und freies Vereins- und Versammlungsrecht fordert. Der Antrag der delegirten Genossinnen, die Wahl weiblicher Vertrauenspersonen betreffend, welche die Agitation unter dem weiblichen Proletariat in die Wege leiten sollen, entsprang der Erkenntniß, daß auf dem Gebiet der Frauenagitation noch weiter reger und vor Allem einheitlicher und planmäßiger gearbeitet werden muß als bisher. Durch den Antrag, der sich auf den Ausbau des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes bezieht, wurde dieser Agitation für die nächste Zeit ein einheitliches, bestimmtes Ziel gesetzt. Der Kampf für

dieses Ziel liegt im Interesse des gesammten Proletariats. Die Enquete der Reichsregierung über die Fabrikarbeit der verheiratheten Frauen hat eine Aktion der Arbeiterklasse, insbesondere aber der Genossinnen, zur Nothwendigkeit gemacht. Auf die Erhebung der Regierung und die reaktionäre Forderung, die Fabrikarbeit der verheiratheten Frauen zu verbieten, haben die Proletarierinnen an erster Linie zu erklären, was sie wollen und was sie nicht wollen.

Beschlüsse des Parteitags zu Hannover.

I. Resolution.

Grundsätze und Taktik betreffend.

Die bisherige Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft giebt der Partei keine Veranlassung, ihre Grundanschauungen über dieselbe aufzugeben oder zu ändern.

Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann und betrachtet es demzufolge als geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erobern, um mit Hilfe derselben durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Einführung der sozialistischen Produktions- und Austauschweise die größtmögliche Wohlfahrt Aller zu begründen.

Um dieses Ziel zu erreichen, benützt die Partei jedes mit ihren Grundanschauungen vereinbare Mittel, das ihr Erfolg verspricht. Ohne sich über das Wesen und den Charakter der bürgerlichen Parteien als Vertreter und Verfechter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu täuschen, lehnt sie ein Zusammengehen mit solchen von Fall zu Fall nicht ab, sobald es sich um Stärkung der Partei bei Wahlen, oder um Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volkes, oder um eine ernsthaftere Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und der Förderung von Kulturaufgaben, oder um Bekämpfung arbeiter- und volksfeindlicher Bestrebungen handelt. Aber die Partei beharrt sich überall in ihrer Thätigkeit ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit und betrachtet jeden Erfolg, den sie erringt, nur als einen Schritt, der sie ihrem Endziel näher bringt.

Die Partei steht der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nöthigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei.

In der Bekämpfung des Militarismus zu Wasser und zu Lande und der Kolonialpolitik beharrt die Partei auf ihrem bisherigen

Ebbe.

Von Adele Gerhard.

(Fortsetzung.)

Alice hatte gleichgiltig darenin gewilligt, für den Sommer mit Martin zu verabreden.

„Soziologie werde ich nicht mit ihm treiben, aber er genirt mich durchaus nicht.“

„Martin weiß, daß Du eine sehr gebildete Frau bist. Ich habe ihm geschrieben, daß Du auf Deinen Reisen viel gelesen hast,“ versicherte Ludolf.

„Danke für Dein Attest,“ — Alice blickte in ihrer gewohnten, verächtlichen Art über Ludolf hin — „also meine Reisen hatten doch einen Zweck: ich habe viel gelesen!“

„Du sagtest es stets,“ erwiderte er unsicher.

„Aber Du wirst mir das Zeugniß geben, daß ich Dich nie mit meiner Bildung belästigte. Im Uebrigen — auch ich habe für Norderney verabredet.“

Ludolf stand schon in der Thür, um in den Klub zu gehen.

„Verabredet? Mit wem denn? Mit Czechen oder Mertens?“

„Bah, Czechen oder Mertens! Ich habe mit Edgar verabredet.“

Ludolf wandte sich betroffen zurück.

„Mit Edgar? Mit dem dummen Jüngling? Aber Alice! So interessant sind Martin und ich schließlich auch noch.“

„Meinst Du?“ — Alice blickte zum Fenster hinaus in die dämmernde Frühlingsluft — „Er ist schön und jung und elegant. Mir ist er interessant genug.“

Edgar von Zettwitz war der einzige Sohn von Ludolf und Martins frühverstorbenen Schwester. Er war bei seinem Vater in Wien aufgezogen worden. Ein schöner Junge war er immer gewesen. Zweimal fiel er im Abiturientenexamen durch. Endlich verzichtete er darauf, Korpsstudent zu spielen.

Als Volontär in einem größeren Bankhaus beschäftigt, besuchte er Ludolf im Frühjahr auf der Durchreise. Er machte keinen Hehl aus seiner Begeisterung für die junge Tante. Alice duldete die Anbetung des dreißigjährigen Niesen, und als er sich endlich ganz verzweifelt trennte, erlaubte sie ihm, sie im Sommer in Norderney zu besuchen.

Als Martin mit dem Dampfer in Norderney landete, sah er zunächst nur Ludolf.

Er fand den Bruder gealtert. Weiße Fäden durchspannen das dunkle, wollige Haar. — Das frische Gesicht war schlaff geworden. Endlich entdeckte er Alice im weißen Strandkostüm; neben ihr stand Edgar.

Ihre Schönheit überraschte ihn aufs Neue. Prüfend blickte er auf die üppige Gestalt. Müdigkeit sprach aus ihrer Haltung, tiefe Müdigkeit aus dem regelmäßigen, farblosen Gesicht.

Standpunkt. Ebenso verbleibt sie bei ihrer bisherigen internationalen Politik, die auf eine Verständigung und Verbrüderung der Völker, in erster Linie der Arbeiterklasse in den verschiedenen Kulturländern, abzielt, um auf dem Boden einer allgemeinen Föderation die Lösung der gemeinsamen Kulturaufgaben herbeizuführen.

Nach all diesem liegt für die Partei kein Grund vor, weder ihre Grundsätze und Grundforderungen, noch ihre Taktik, noch ihren Namen zu ändern, das heißt aus der sozialdemokratischen Partei eine demokratisch-sozialistische Reformpartei zu werden, und sie weist jeden Versuch entschieden zurück, der darauf hinausgeht, ihre Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Parteien zu verschleiern oder zu verrücken.

II. Zur Frauenagitation.

a) Wahl weiblicher Vertrauenspersonen.

Der Parteitag erinnert die Genossinnen und Genossen an den Beschluß des Gothaer Parteitags, überall dort weibliche Vertrauenspersonen der Genossinnen zu wählen, wo die Tätigkeit derselben zur Förderung einer planmäßigen Agitation unter dem weiblichen Proletariat nötig erscheint.

b) Gesetzlicher Arbeiterinnenschutz.

Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen auf, in thatkräftiger Weise eine in nächster Zeit zu entfaltende allgemeine Agitation der Genossinnen für den weiteren Ausbau des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes zu unterstützen und für folgende Forderungen einzutreten:

1. Absolutes Verbot der Nachtarbeit für Frauen.
2. Verbot der Verwendung von Frauen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind.
3. Einführung des gesetzlichen Achtstundentags für die Arbeiterinnen.
4. Freigabe des Sonnabend-Nachmittag für die Arbeiterinnen.
5. Ausdehnung der Schutzbestimmungen für Schwangere und Wöchnerinnen auf mindestens einen Monat vor und zwei Monate nach der Entbindung; Beseitigung der Ausnahmewillkürungen von diesen Bestimmungen auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses.
6. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie.
7. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren.
8. Sicherung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen.
9. Aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichten.

c) Broschüre zur Frauenagitation.

Der Parteivorstand wird ersucht, für die baldige Herausgabe einer kurzen, möglichst billigen Broschüre zu sorgen, die zur Agitation unter den Frauen weitest Verbreitung finden soll. Im Wesentlichen soll sie, unter Hinweis auf die Zuchthausvorlage, die Frauen über

Seinen herzlichen Händedruck hatte sie kaum erwidert und sich gleich zu Edgar gewandt. Mit ihm plauderte sie jetzt freundlich, in den Grund des Wagens gelehnt. Rudolf existierte nicht für sie.

Ein Kältegefühl überlief Martin, als auch über ihn ihre Augen gleichgiltig hinglitten. Berstimmt blickte er auf die große, grünweiße Insel, die sich in Juligluth vor ihnen breitete.

Die Brüder standen auf dem kleinen Balkon von Martins Zimmer. Wie eine blaue Unendlichkeit lag das Meer da.

Martin wandte sich zu Rudolf. „Ist Alice immer so still? Ich hatte sie munterer in Erinnerung.“ Rudolf blickte auf die schimmernde See.

„Sie kann sehr lebhaft sein, Du wirst schon sehen.“

„Sie sehnt sich wohl nach Kindern?“ forschte Martin. Er wollte den wunden Punkt gleich berühren.

Das Gesicht des Bruders überschattete sich.

„Sie! Ich hätte gern einen Sohn gehabt, aber Alice will keine Kinder.“

„Sie will keine Kinder?“ fragte Martin betroffen.

„Nein.“

„Und warum nicht?“

„Ich weiß nicht.“

Rudolf hatte sich ins Zimmer gewandt und eine Reisetasche ergriffen. „Willst Du später auspacken? Ich glaube, Alice wartet schon unten.“

(Fortsetzung folgt.)

die ihnen drohende weitere Beeinträchtigung ihrer geringen Rechte aufklären und sie auffordern, nicht nur kräftig gegen sie zu protestieren, sondern auch mit allem Nachdruck für die Erweiterung des Vereins- und Versammlungsrechts einzutreten. (Schluß folgt.)

Zur „Ethik des Kampfes“

Eine Entgegnung.

Sehr geehrte Redaktion!

Als aufrichtiger Freund der Arbeiterbewegung darf ich wohl hoffen, daß mir eine Antwort auf den Artikel von Frau Lily Braun in Nr. 20 Ihres geschätzten Blattes gestattet sein wird.

Ich bin keineswegs blind gegen Einseitigkeit und Rückständigkeit in der bürgerlichen Frauenbewegung. Aber wenn man über Wesen und Ausichten einer Bewegung spricht, so darf man sich nicht an augenblickliche Formulierungen ihres Programms oder an das Auftreten einzelner Wortführer halten. Man muß die grundlegende Idee der ganzen Bewegung in ihrem Zusammenhang mit den dauernden Bedürfnissen der Kultur und des Individuums erfassen. Die Sozialdemokratie verlangt eine solche Beurteilung mit Recht auch von ihren Gegnern. Dann gewähre sie aber auch die Gerechtigkeit, die sie fordert. Was ist denn die grundlegende Idee der bürgerlichen Frauenbewegung? Nicht das Frauenstudium und nicht das Frauenstimmrecht, auch nicht die Rechtsgleichheit und die volle Erwerbsfreiheit. Das sind alles nur Mittel zum Zweck. Das Ziel ist die volle Menschwerdung der Frau. Dahin aber führt nur ein sittlicher Erziehungsprozeß beider Geschlechter, der natürlich im letzten Grunde ökonomischen Nothwendigkeiten seinen Ursprung verdankt, der aber keineswegs durch bloße ökonomische Veränderungen bewirkt werden kann. Ja, diese ökonomischen Veränderungen sind selbst so komplizierter Natur, daß sie sich nur unter dem Zeichen höherer sittlicher Mächte vollziehen können. Darum sind gerade vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus die ethischen Bestrebungen der Gegenwart ebenso unmittelbar aus dem Bedürfnis der ökonomischen Regeneration entstanden, wie die sozialistischen Organisationen und Ideen der Arbeiterbewegung. Und darum steht auch die Frauenbewegung mit ihrer sittlichen Leitidee durchaus im Dienste der großen sozialen Wiedergeburt der Gesellschaft im Sinne des zitierten Millischen Satzes: „Die sittliche Wiedergeburt der Menschheit wird erst dann wirklich beginnen, wenn die fundamentalste aller sozialen Beziehungen, die des Mannes zur Frau, unter das Gesetz der Gerechtigkeit gestellt wird. . . .“ Die volle sittliche Befreiung der Frau ist kein Werk, was allein durch die politischen und sozialen Nachterfolge der Arbeiterbewegung erfüllt werden kann — es ist ein Werk, das sich in allen Klassen nur in dem Maße vollendet, als der Wille zur Macht sich der Achtung vor dem Rechte und vor der Persönlichkeit des Anderen unterordnet — und darum giebt es mit vollem Rechte neben der Arbeiterinnenbewegung der Sozialdemokratie noch eine Frauenbewegung, die außerhalb des Bereichs der Machtkämpfe sich ganz der Erweckung der Frau und des Mannes zu einem höheren Ideal der Gegenseitigkeit hingiebt. Daß es in diesem Ringen eine Phase der harten Abwendung vom Manne giebt — das ist doch nur natürlich.

Frau Braun findet, daß ich zu hohe Ansprüche an die Ethik des Kampfes mache. Die Proletarierinnen wüßten in einer Umgebung auf, die es ihnen nicht leicht macht, ihre Bitterkeit in lebenswürdige Formen zu verhüllen. Das ist ganz richtig. Aber ich meine auch gar nicht die Proletarierinnen. Seit Jahren habe ich freundschaftliche Beziehungen zu Arbeitervereinen und kann nur sagen, daß gerade diejenigen Proletarier, die am tiefsten die Noth der heutigen Zustände am eigenen Leibe erfahren, auch am ehesten geneigt sind, der anderen Klasse Gerechtigkeit widerfahren zu lassen — weil sie wissen, wie sehr heute der Einzelne im Drange des wirtschaftlichen Kampfes zu Handlungsweisen gezwungen wird, die er selber im tiefsten Innern verdammt. Dagegen findet man bei den Sozialdemokraten bürgerlicher Abstammung meist die Neigung, ihre eigene Klasse als sittlich gänzlich unzugänglich hinzustellen. Und doch sind sie aus demselben Holze geschnitten. Hand aufs Herz, Frau Braun! Wenn Sie oder ich heute in höherem Maße sozial denken als viele unserer Klassengenossen — verdanken wir das etwa dem Umstand, daß wir von Natur edler und menschlicher angelegt sind als die Anderen? Ich bekomme es nicht fertig, mir diesen Vorzug zuerkennen, da ich weiß, daß es eben nur die Gunst zufälliger geistiger Einflüsse und aufgeklärten Umgangs gewesen ist, die mir über die Klassenanschauungen hinausgeholfen hat. Und das Gleiche ist doch wohl auch mit Ihnen der Fall. Und glauben Sie nun nicht, daß wir noch Tausenden unserer Klassengenossen zu einer ähnlichen inneren Entwicklung, zur Erlösung von Starrheit und Mißverstehen verhelfen

könnten, wenn wir ihnen die neuen Ideen nicht in der Sprache der Verachtung und Erbitterung, sondern in derjenigen menschlichen und hilfreichen Weise zukommen ließen, die allein der Würde der neuen Sache angemessen ist? Das Zornpredigen hat noch Niemand belehrt; die Menschen wollen heute weniger wie je als Schulbuben behandelt werden.

Ob ich auf dem Mond wohne, fragen Sie, weil ich davon spreche, daß der ethische Widerstand der Gebildeten heute schon ein ebenso mächtiger Faktor gegenüber der Unterdrückung sei, wie die Organisation der Unterdrückten. Es ist wohl manchmal ganz gut, auf dem Mond zu wohnen, da man von dort Dinge sieht, welche den Kämpfenden selber in der Hitze des Gefechts ganz zu entgehen scheinen. Gerade die Angelegenheit der Zuchthausvorlage ist mir ein Beweis für meine Auffassung. Der Umstand, daß selbst die nationalliberale Partei so energische und koalitionsfreundliche Worte gegen die Vorlage sprechen ließ, zeigt deutlich, wie weit seit den letzten Jahren doch die sozialen Ideen in die Reihen der gebildeten Klassen eingedrungen sind. Der „Vorwärts“ selbst hat diesen Prozeß als „sozialistische Endosmose“ oft genug verzeichnet. Bei dem großen Hamburger Hafenarbeiterstreik hat die Sympathie weiter Kreise der Gebildeten mit den Streikenden mindestens so eindrucksvoll auf die Unternehmerschaft gewirkt wie die Organisationskraft der Arbeiter. Die große letzte Massenausperrung in Dänemark hat nur deshalb mit so günstigen Bedingungen für die Gewerkschaften abgeschlossen, weil nicht nur leitende liberale Männer, sondern sogar eine Reihe konservativer Abgeordneter für die Arbeiter eintraten. Und in England weiß jede große Gewerkschaft, welcher reale Machtfaktor im sozialen Kampfe die Sympathie der öffentlichen Meinung ist — und man richtet seine ganze Taktik danach ein. Statt dieser Entwicklung in Deutschland ebenfalls mehr und mehr die Bahn zu ebnen, scheint man in breiten Schichten der deutschen Sozialdemokratie alles thun zu wollen, um jenen Prozeß zu verlangsamen, der in den Reihen der gebildeten Klassen Vorkämpfer für die Arbeiterbewegung gewinnt und damit die Aktion der oberen Klassen der alten Gesellschaft und des Glaubens an das Recht der eigenen Sache beraubt. Die Arbeiterklasse will die gesammte Menschheit befreien. Aber Befreiung heißt Erziehung. Die gegenwärtige Erziehungsmethode der Sozialdemokratie gegenüber den anderen Klassen aber steht leider noch im Wesentlichen auf dem Niveau der Prügel- und Scheltpädagogik. Man tritt für eine humanere Behandlung des Verbrechers ein, um ihn der Gesellschaft zurückzugewinnen — man bleibt aber in dem eigenen Kampfe gegen die Unrechthuernden noch ganz auf dem alten Standpunkt des Zornes und des Zerschmetterns stehen. Aber die Zeit thut Wunder. Nicht nur in den Reihen der bürgerlichen Klassen erobert eine umfassende soziale Idee immer weitere Köpfe und Herzen. Auch in der Arbeiterbewegung beginnt der Geschmac an dem ewigen Anklagen zu schwinden; die gewaltigen moralischen Aufgaben der Organisation treten ins Bewußtsein, man beginnt zu bemerken, wie jede Zügellosigkeit im Kampfe mit den Gegnern demoralisierend auf die Organisation selbst zurückwirkt und man erkennt, daß eine „Ethik des Kampfes“ etwas ist, was im tiefsten eigenen Interesse der Arbeiterbewegung liegt.

Zürich.

Fr. W. Foerster.

Herrn Foerster zur Erwiderung.

Die vorliegende Zuschrift bedarf keiner langen Erwiderung. Ich kann mich auf wenige Sätze beschränken: Die bürgerliche Frauenbewegung ist auf wirtschaftliche und nicht auf sittliche Ursachen zurückzuführen. Die Verarmung des Mittelstandes, die in Folge der industriellen Entwicklung wachsende Unmöglichkeit, den Frauen im Hause genügende Beschäftigung zu gewähren, zwang sie zur Erwerbsarbeit und nöthigte sie, da die Wege dazu ihnen zumeist verschlossen waren, sich durch gemeinsame Aktion Bahn zu verschaffen. Somit ist auch das Ziel der bürgerlichen Frauenbewegung ein wirtschaftliches. Wenn nun Dr. Foerster „die Menschwerdung der Frau“ als ihr Ziel bezeichnet, so bin ich zwar vollständig seiner Ansicht, ich behaupte nur, — und würde mich anheischig machen, es zu beweisen —, daß diese Menschwerdung ohne die Erreichung des wirtschaftlichen Zieles stets ein Phantom bleiben wird. Die sittliche Wiedergeburt der Frau kann nicht losgelöst von der allgemeinen Entwicklung vor sich gehen und von ihrer „Menschwerdung“ kann nicht eher die Rede sein, ehe nicht die ökonomischen Grundlagen dafür geschaffen sind. Der fundamentale Unterschied zwischen Dr. Foersters Auffassung und meiner ist der: nach ihm soll der „sittliche Erziehungsprozeß der Geschlechter“ der ökonomischen Befreiung vorausgehen und sie ermöglichen, während ich erkläre, daß die ökonomische Befreiung erst die Voraussetzung einer auf alle Volkstheile sich erstreckenden allgemeinen und tiefen sittlichen Erziehung und Er-

hebung schafft. Vollständig aus der Luft gegriffen erscheint mir seine Behauptung, daß die bürgerliche Frauenbewegung „außerhalb des Bereichs der Machtkämpfe sich ganz der Erweckung der Frau und des Mannes zu einem höheren Ideal der Gegenseitigkeit hingiebt“. Da halte ich, — so komisch das klingen mag —, doch mehr von ihr als Dr. Foerster: die Frauenbewegung ist keine moralische Erziehungsanstalt; sie führt Machtkämpfe, wie jede Bewegung, die etwas erreichen will, und je stärker sie wird, desto mehr steigen die Chancen ihres Sieges. Ich sehe nun einmal die Dinge nüchtern an und kann mir in unserer Zeit, wo die Klassenkämpfe den schärfsten Charakter annehmen, und wo jede Klasse moralische Motive für sich in Anspruch nimmt und dem Gegner Mangel an Moral vorwirft, unter Worten wie „Gefeh der Gerechtigkeit“, „Ideal der Gegenseitigkeit“ nichts Bestimmtes, Zweifellofes vorstellen.

Dr. Foerster leugnet ja allerdings nicht, zuweilen auf dem Monde zu wohnen; da mögen die festen Umrisse irdischer Zustände allerdings leicht im Nebel verschwimmen. Von da aus mag er vielleicht auf die bürgerlichen Gegner der Zuchthausvorlage doppelt und dreifach sehen, während wir wissen, daß es sich nur um ein kleines Häuflein handelt, aus dessen Helldemuth durchaus kein Verlaß ist. Unter einer gefälligeren Form läßt es den Feind — die Zuchthausvorlage — vielleicht doch noch durch eine Hintertür hineinschlüpfen. Dabei leugne ich gar nicht, daß es unter den besitzenden Klassen Menschen giebt, die für den Kampf der Arbeiter lebhaft Sympathie empfinden, und daß es noch mehr geben könnte, wenn wir, wie Dr. Foerster meint, unsere Taktik auf ihre Gewinnung einrichten möchten. Da wir aber auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehen und wissen, daß die Befreiung der Arbeiter aus den Fesseln des Kapitals und der Lohnsklaverei, — denn das ist in unseren Augen Befreiung —, nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann, so haben wir die Art unserer Agitation so einzurichten, wie sie am besten geeignet ist, die Arbeiter aufzuklären und zu organisiren. Die wenigen bürgerlichen Ideologen, die wir vielleicht gewinnen könnten, wenn wir unseren Ton nach ihrer Stimmgabel abstimmen würden, stehen in keinem Verhältniß gegenüber den Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen, die wir gewinnen müssen, wollen wir überhaupt unser Ziel erreichen. So wenig ich der „Zügellosigkeit im Kampfe“ in meinem Artikel das Wort geredet habe, so sehr der Energie, die sich nothwendig abstumpft, wenn man, aus Angst irgendwo anzustoßen, nach allen Seiten spähend Umschau hält, ehe man es wagt, vorwärts zu schreiten.

Die Anrede zu beantworten, die Dr. Foerster an mich persönlich richtet, habe ich mir bis zuletzt aufgespart. Nein, Herr Doktor, ich kann Ihnen die feierliche Versicherung geben, daß ich mich nicht für edler oder menschenfreundlicher halte, als irgend Jemand meiner früheren Klassengenossen. Hätte ich nur Mitleid, Menschenliebe und wie die Gefühle sonst alle noch heißen mögen, gegenüber den Unterdrückten gespürt, ich wäre das geblieben, was Sie und mit Ihnen viele ernste, tüchtige Menschen noch sind: ein bürgerlicher Reformler. Nur weil ich auf dem Wege ruhiger Verstandesarbeit zu der Erkenntniß gelangte, daß alle Reformen des Looses der Arbeiter nichts sind als Pflaster auf schwärende Wunden und alle ethische Erziehung der Bourgeoisie an dem Panzer aus Gold und Eisen, den sie trägt, schließlich zu Schanden werden muß, bin ich in die Reihen des kämpfenden Proletariats eingetreten. Wenn ich von diesem Plage aus gegen meine früheren Klassengenossen scharf vorgehe, ja, wie Sie meinen schärfer, als Proletarier von Geburt, so geschieht das gerade, weil ich zu ihnen gehörte, weil ich sie durch mich selbst kenne, weil ich ihre Entwicklung persönlich erlebt habe. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Jeder meiner einstigen Klassengenossen, der die sozialen Schäden der Gesellschaft erkennt, der die verschiedenen Reformversuche und ihre Unzulänglichkeit in eigener Arbeit erprobt hat, dem es Ernst ist mit dem Wunsche, die Menschheit aus wirtschaftlicher und sittlicher Noth zu befreien, Sozialdemokrat werden muß. Von dieser Anschauung aus dürfte es begreiflich erscheinen, wenn ich gegen diejenigen, die es nicht werden, nicht allzu nachsichtig gestimmt bin. Dieses persönliche Moment mag auch bei manchem anderen Sozialdemokraten bürgerlicher Abstammung eine Rolle spielen. Sie halten ihre eigene Klasse nicht nur deshalb für „sittlich gänzlich unzulänglich“, weil sie die Arbeiterbewegung — die einzige wahre ethische Bewegung unserer Zeit —, bekämpft, weil der Besitz der Gott ist, den sie allein anbetet, das Wohlleben das Ideal, zu dem sie allein strebt, sondern mehr noch deshalb, weil der Theil von ihr, der die soziale Noth anerkennt, in seinen Reformen ängstlich auf halbem Wege stehen bleibt und daher, trotz allem Aufwand von großen Worten, im Grunde doch zur reaktionären Masse gehört. Diefelbe Halbheit charakterisirt die bürgerliche Frauenbewegung, von der unsere Auseinandersetzung ausging, und deshalb kann sich auch ihr gegenüber unser Standpunkt nicht ändern.

Berlin.

Lily Braun.

Notizentheil.

(Von Lily Braun und Maria Belkin.)

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Hungerlöhne schlesischer Arbeiterinnen. In den Leinewebereien von Dorfbach verdienen die Arbeiterinnen Wochenlöhne von 4—8 Mk. Die große Mehrzahl der ausgebeuteten Frauen und Mädchen erreicht jedoch nicht den angegebenen Höchstlohn, der als eine seltene Ausnahme betrachtet werden muß. In Striegau erhalten die Arbeiterinnen der Papierfabrik wöchentlich 3 Mk. 60 Pf. als Lohn. Die Zugabe zu diesen Hunger Groschen sind grobe Behandlung und der gute Rath, „Abends auf der Promenade Nebenverdienst zu suchen“. In der Strumpffabrik verdienen verheiratete Frauen 70 bis 75 Pfg. pro Tag, so daß auch ihr Wochenlohn nach Abzug der Versicherungsbeiträge kaum die Höhe von 4 Mk. erreicht. In den Zigarren- und Bürstenfabriken bringen es einzelne Gruppen von Arbeiterinnen wöchentlich auf 8 Mk. und darüber, die Mehrzahl muß jedoch mit einem durchschnittlichen Verdienst von 5 Mk. nach Hause gehen. Auch in den unweit der Stadt gelegenen Steinbrüchen wird, wenn auch vereinzelt, weibliche Arbeitskraft verwendet. Man möchte fragen, was wohl die hier beschäftigten Frauen verbrochen haben, daß sie zu solch martervoller Arbeit verdammt sind. Da sieht man sie bei Wind und Wetter, Frost und Hitze auf den abgesprengten Granitplatten sitzen, den zentnerschweren Stahlschlägel mit beiden Händen gefaßt, auf den Stein mit einer Schnelligkeit aufschlagend, daß man aus einiger Entfernung meinen könnte, einen Automaten vor sich zu haben, der von dem Granit die Uebenheiten entfernt, ihn „kies“, wie der technische Ausdruck lautet. Für den Quadratmeter „Kiesen“ bekommt die Arbeiterin 22 Pf., sie kann, wenn alles gut geht, das heißt, wenn es nicht regnet, acht bis neun Quadratmeter im Tag fertig bringen. Die Frauen sind in der Organisation und haben deren Segen bereits kennen gelernt. Das feste Zusammenhalten bei einem siegreich verlaufenen Streik im Vorjahr hat ihnen eine Lohnerhöhung von 50 Prozent gebracht, denn vor dem Ausstand wurde nur 15 Pf. für den Quadratmeter „Kiesen“ gezahlt. Als eine weitere wichtige Ergründung des Kampfes ist zu bezeichnen, daß für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Nähe des Steinbruchs ein massiver heizbarer Saal gebaut worden ist, mit großen Fenstern, Tischen und Bänken. In dem Saal können die Mahlzeiten eingenommen werden. Das Heizmaterial hat der Arbeitgeber zu liefern. Die beim „Kiesen“ beschäftigten armen Frauen, deren Körper gekrümmt ist, die ihre Arme nicht mehr strecken können, weil die Gelenke von der Anstrengung unförmlich verschwollen sind, deren verwetterte, sorgendurchfurchte Gesichter jede Spur von Schönheit eingebüßt haben, sie haben kämpfen gelernt und tragen ihren Theil dazu bei, Glend und Jammer zu beseitigen. Von welcher hoher Bedeutung der Kampf um bessere Arbeitsverhältnisse für die Bevölkerung der Gegend ist, das zeigt ein Blick auf deren Existenzbedingungen, insbesondere auf ihre Ernährung. Dem durch schwere Frohn weit über das Maß ausgenutzten Körper kann in Folge der niedrigen Löhne keine entsprechende Nahrung zugeführt werden. Zu den drei Mahlzeiten stehen Kartoffeln mit Quark oder Buttermilch und Zichorienbrühe auf dem Speisezettel der proletarischen Familien. Nicht einmal jeden Sonntag verirrt sich eine winzige Portion Fleisch auf ihren Tisch. Eins der kennzeichnendsten Merkmale für die verhängnisvollen Wirkungen von Ueberarbeit und Unterernährung, von der übermäßigen Ausbeutung der Frauen insbesondere, ist das jammervolle Aussehen der Kinder. O. B.

Sittlichkeitsfrage.

Ueber den internationalen Mädchenhandel brachte die „Kölnische Volkszeitung“ neulich folgende interessante Zusammenstellungen, welche ein großes Schlaglicht darauf werfen, wie es um die „Sittlichkeit“ in dieser „besten aller Welten“ bestellt ist. In keinem verbrecherischen Geschäftszweig, selbst nicht einmal bei der Geheimfabrikation von Rubel- und Dollarnoten, beim organisierten Bankdiebstahl, beim gewerbsmäßigen Ausplündern von Uhren und Juwelenläden wird so viel Geld „verdient“, als beim Mädchenhandel. Der Gewinn ist ganz enorm, und viele Mädchenhändler können sich, trotz der außerordentlich luxuriösen und verschwenderischen Lebensweise, die sie führen, oft schon nach einer Geschäftstätigkeit von einem oder anderthalb Duzend Jahren als reiche Leute zur Ruhe setzen. Ein aus Proskow in Rußland gebürtiger Mädchenhändler, dessen wirklicher Name Moses Scheiner ist, der aber Duzende von Pässen auf allerhand Namen besitzt, und der sich bald als Spanier, bald als Italiener, Schweizer oder Brasilianer ausgiebt,

wurde vor vier Jahren wegen zahlreicher schwerer Verbrechen in Buenos Aires ins Gefängniß geworfen.

Während seiner Haft verlor er etwa 300 000 Franken. Scheiner war aber im Stande, diesen Verlust zu „verschmerzen“. Ein Kollege Scheiners, der „berühmte“ Mädchenhändler Lazar Schwarz, der die letzten Jahre sich viel in Pest, Genua und Alexandrien (Aegypten) aufhielt, verdiente, wie behördlich nachgewiesen worden ist, bei einer kurzen, etwa dreiwöchentlichen Geschäftsreise von Ungarn nach Kairo nicht weniger als 20 000 Franken. Lazar Schwarz ist in jeder Beziehung ein — Genie. Er spricht zwölf Sprachen, nämlich Russisch, Ungarisch, Deutsch, Griechisch, Arabisch, Türkisch, Italienisch, Französisch, Portugiesisch, Spanisch, Serbisch und Persisch. An Legitimationspapieren besitzt Lazar Schwarz mindestens 17 Stück auf die verschiedensten Namen. Er führt russische, türkische, portugiesische, serbische, amerikanische Pässe etc. bei sich und kann sich nach Belieben einmal als Ibrahim Effendi, das andere Mal als Don Gomez, dann wieder als Josef Kay, als Israel Margowitsch, als Fiebel Majrowitsch etc. ausweisen. Schön ist der 48 Jahre alte Verbrecher allerdings nicht. Denn nach einem Steckbrief, den 1895 eine italienische Behörde hinter ihm erließ, hat der abgefeymte Gauner auffallend krumme Beine, auf der Nase zwei sehr große rothe Punkte (alias Knollen) und hinkt etwas. Frau Julie Rosenstock, die anfangs der neunziger Jahre vorzugsweise in Temesvar, Pest, Preßburg „operirte“ und ihre Waare ganz besonders nach Pest und Konstantinopel lieferte, hatte bei einem ungarischen Bankhaus längere Zeit etwa 100 000 fl. stehen. Als sie einmal in der Nähe von Temesvar polizeilich sistirt wurde, trug sie eine mit Diamanten besetzte goldene Uhr, die einen Werth von einigen tausend Gulden hatte. An den Fingern hatte sie über ein halbes Duzend kostbare Diamantringe stecken. Der russische Mädchenhändler Grinbaum, der hauptsächlich nach Konstantinopel, Salonichi, Smyrna und Kairo „exportirte“, legte seine Gelder der Sicherheit halber in englischen Banken nieder und war überdies in London Hausbesitzer. Seit einiger Zeit scheint sich Grinbaum vom Geschäft zurückgezogen zu haben und als Rentner zu leben. Er hätte dies schon früher gekonnt, denn bereits Mitte der achtziger Jahre wurde er für einen halben Rubelmillionär gehalten.

Daß dieser verbrecherische Handel in so weitem und wirklich internationalem Umfang betrieben wird, daran tragen theilweise die Polizeibehörden in verschiedenen Ländern mit die Schuld. Thatsächlich beziehen zahlreiche Polizeibeamte regelmäßig große Summen von den Kupplern und Kupplerinnen. In der Türkei, in Aegypten und in einigen Balkanstaaten, sowie in Rußland zahlen die Inhaber verrufener Häuser und die mit diesen Subjekten zusammen arbeitenden Mädchenhändler den niederen wie den höheren Polizeibeamten einen ganz bedeutenden Tribut, so daß diese Verbrecher von den Vertretern des Gesetzes nichts zu fürchten haben. In der Türkei liefern sehr oft die Mädchenhändler für die Harems höherer Polizeibeamten „Dienerinnen“, ohne dafür Entschädigungen zu beanspruchen und zu erhalten.

In Ungarn war früher die Polizei gegenüber dem Handel mit Menschenfleisch ziemlich nachsichtig. In den letzten Jahren haben sich die ungarischen Behörden aufgerafft, um den Mädchenhandel nach Kräften zu unterdrücken. In Holland und Belgien läßt die Thätigkeit der Polizei in dieser Hinsicht noch Manches zu wünschen übrig. Ebenso wie in Belgien die Behörden dem Unfug großer Spielhöllen, wie beispielsweise in Ostende, nicht steuern, so schreiten sie auch in diesem Lande nicht mit der nöthigen Energie gegen die Mädchenhändler ein. Antwerpen ist immer noch ein lebhafter „Transithafen“ für „weiße Waare“, die besonders von dort aus nach Südamerika spedirt wird. Am aller schlimmsten sieht es hinsichtlich der Energie der Polizei den Mädchenhändlern gegenüber in Amerika aus. In Newyork beziehen zahlreiche Polizeikapitäne von den Händlern mit Menschenfleisch und von den Inhabern berüchtigter Häuser gewisse feste Beträge, die als außerordentlich hohe bezeichnet werden müssen. Auch für die Straßenpolizisten in denjenigen Vierteln, wo diese Händler wohnen und ihre Geschäfte betreiben, fällt meist etwas ab. Wird nun einmal die Polizei auf Requisition von außen veranlaßt, gegen die Verbrecher einzuschreiten, so warnen die bestochenen Polizisten die Mädchenhändler und ihre Helfershelfer rechtzeitig. Die Schufte bringen alsdann ihre Person oder das, was sie kompromittiren könnte, in Sicherheit. Im ungünstigsten Falle haben diese Schurken ja nur ein paar Wochen in Untersuchungshaft zuzubringen, die sich aber nicht allzu schwer ertragen läßt, da die amerikanischen Gefängnißbeamten der Befestigung sehr zugänglich sind.

In Chicago befinden sich die verrufensten Quartiere, wo diese Mädchenhändler täglich zu thun haben, in der Nähe des Stadthauses, der Justiz- und Polizeibehörden, der Hauptpost, des Telegraphenbureaus, der Börse und der Zeitungspaläste. Aber keine Hand rührt sich, um diesem Skandal ein Ende zu machen. Am aller schlimmsten

sieht es in Zentral- und Südamerika aus, wo die bestochene Polizei sehr oft direkt gegen die verlaufenden, hilflosen Geschöpfe Partei ergreift. Es kommt noch heute vor, daß, sobald Konsuln oder Private irgend ein Mädchen aus den Krallen dieser Verbrecher befreien wollen, die Polizei einfach den Mädchenhändlern Hilfe leistet, um solch ein armes Geschöpf für einige Zeit „unsichtbar“ zu machen, wie der Geschäftsausdruck lautet. In Zentral- und Südamerika wird der Schacher noch ganz offen betrieben. Er erfolgt übrigens dort wie überall nach strengeregelten kaufmännischen Grundsätzen. Die Händler haben ihre Preislisten. Es ist ja auch in den Tagesblättern in jüngster Zeit auf die Schiffsprache und den eigenen telegraphischen Geheimkoder dieser Händler hingewiesen worden. Besonders hübsche und junge Mädchen werden als „Seidenballen“ oder als „Smyrnateppiche“, auffallende Schönheiten als „Diamantentreuze“, als „Perlenkästchen“ signalisiert etc. In Rußland bezeichnen die Händler weniger hübsche und etwas plumpe Mädchen als „Säcke mit Kartoffeln“. Händlerbörsen giebt es in Europa in London, Paris, Riga, Odessa und zahlreichen anderen Städten. In Newyork trafen sich in früheren Jahren solche Händler regelmäßig in dem bekannten Vergnügungsetablissement von Harry Hill. In diesen Lokalitäten finden sich gewöhnlich auch die in Seide gekleideten und mit Schmucksachen beladenen „Wirthinnen“ ein.

Die großen Händler verfügen über Duzende von Unteragenten und Unteragentinnen. Es ist auch gar nichts Seltenes, daß beispielsweise in England, Frankreich und anderen Ländern die Inhaberinnen sogenannter Gouvernantenheime, kleiner Theaterschulen und ähnlicher Institute indirekt Lieferantinnen für die großen Händler sind. Diese Frauen spielen stellenlose und bei ihren Quartiergeberinnen verschuldete Gouvernanten, ferner angehende Schauspielerinnen, die aber auch nicht einmal an einer kleinen Bühne Anstellung finden können, den Verbrechern in die Hände. Auch sind viele Inhaber von Heirathsbureaus, besonders in Amerika, nichts anderes als Vertreter dieser großen Händler, die von irgend einem gutgewählten Verfiend aus und mit Hilfe entsprechender Kapitalien ihr Geschäft durch zahlreiche Hände betreiben lassen. Auch viele Heirathschwindler, die hübsche und arme Mädchen heirathen und mit diesen sich dann ins Ausland begeben, wo die Betrüger angeblich ihr Domizil haben, führen diese arglosen Opfer den Mädchenhändlern direkt zu. Von diesem Augenblick an bleibt der junge „Ehemann“ spurlos verschwunden. In Amerika entführten früher vielfach junge hübsche Männer, die im Solde dieser Händler standen, junge Mädchen, denen die Entführer die Ehe und eine schnelle Trauung in der nächsten großen Stadt versprochen hatten. Dort angekommen, verließ aber regelmäßig der „Bräutigam“ seine „Braut“, und das Uebrige braucht nicht weiter geschildert zu werden.

Frauenbewegung.

Die Delegirtenversammlung des Vereins „Frauentwohl“ hat vom 5. bis 7. Oktober in Berlin getagt. Wir haben ihr Arbeitsprogramm bereits früher mitgetheilt. Als Hauptergebnis der Tagung darf wohl die Gründung eines „Verbands fortschrittlicher Frauenvereine“ betrachtet werden, dessen Sitz in Berlin ist und der alle zwei Jahre eine Generalversammlung abhält. Das Programm der Organisation lautet folgendermaßen:

1. Der weitere Fortschritt der deutschen Frauenbewegung, die kraftvolle Vertretung der neuen Ideen und der neuen Formen des Handelns fordern die Gründung unseres Verbands.
2. Die Stellung des Verbands zu den Hauptfragen der deutschen Frauenbewegung ist folgende:
 - a) Der Verband will durch allgemeine Aufklärung und durch Schaffung örtlicher Organisationen im Dienste der Sittlichkeitsfrage den Grundsatz der doppelten Moral und seine Folgerungen bekämpfen.
 - b) Er will die Frauen zur Werthschätzung politischer Rechte, insbesondere des Frauenstimmrechts führen.
 - c) Er bezeichnet die höhere Töchterschule als eine der Vergangenheit angehörende Schöpfung, welche völlig ungeeignet ist, die deutsche Frau zur Mitarbeit an allen Kulturbestrebungen ihres Volkes vorzubereiten. Er sieht in der Gründung von Mädchenrealschulen und Mädchengymnasien eine der dringendsten Aufgaben des Staates und der Städte und tritt zugleich für den Gedanken der Einheitschule ein.
 - d) Der Verband lehnt jede Trennung der bürgerlichen Frau von der Arbeiterin entschieden ab. Er wird aufrichtig bestrebt sein, die Arbeiterinnen für seine Ortsvereine zu gewinnen und so eine gemeinsame Arbeit im Interesse des Arbeiterinnenstandes zu ermöglichen.

3. Der Verband steht dem Bunde deutscher Frauenvereine sympathisch gegenüber und wird an der inneren und äußeren Ausgestaltung des nationalen Verbands einen kräftigen Antheil nehmen.

Die Delegirtenversammlung beschäftigte sich auch mit der „Arbeiterinnenfrage“. Die diesbezüglichen Verhandlungen knüpften an ein Referat von Frau Herbst an, der Vorsitzenden des Hirsch-Dunderschen „Vereins der Näherinnen und Stickerinnen von Berlin“. Die Delegirtenversammlung nahm zur Frage die folgende Resolution an:

„Die Arbeiterinnenfrage ist in das Programm der Vereine aufzunehmen. Die Vereine halten es für ihre Pflicht, diese Frage theoretisch und praktisch in Angriff zu nehmen. Sie richten zu diesem Behuf eine Kommission ein, welche die nöthigen Schritte thut, um Verständniß für diese Frage herbeizuführen:

- a) Durch Vorträge und Einrichtung von Kursen über Gewerksvereine, Gewerkschaften, Arbeiterschutzgesetze, Art und Weise, Enqueten zu unternehmen u. s. w.
- b) Durch Anbahnung von Organisationen der in jeder Stadt vorhandenen Arbeiterinnen in den einzelnen Berufen, unter Hinzuziehung von Arbeiterinnen als gleichberechtigte Mitglieder des betreffenden Arbeitsausschusses.“

Da der Bericht über die Delegirtenversammlung in der „Frauenbewegung“ noch nicht vollständig vorliegt, so enthalten wir uns einstweilen einer kritischen Würdigung der stattgefundenen Beratungen und gefaßten Beschlüsse. Die Ausführungen eines anonymen Artikelschreibers im „Vorwärts“, der der proletarischen wie der bürgerlichen Frauenbewegung offenbar mit mehr Wohlwollen als Kenntniß der Thatsachen gegenübersteht, haben mehrere bürgerliche Blätter zu der jubelnd ausposaunten Hoffnung begeistert: Die Sozialdemokratie hat sich im Punkte ihrer Stellung zur bürgerlichen Frauenbewegung „gemaufert“. Soweit wir die Verhandlungen der Delegirtenversammlung überblicken können, liegt für die proletarische Frauenbewegung kein Grund vor, ihre Stellung zur bürgerlichen Frauenbewegung irgendwie zu ändern. Das ist übrigens auch der Schluß, zu dem trotz alles Wohlwollens für die Frauenrechtlerinnen der Verfasser der angezogenen Berichte im „Vorwärts“ gelangt, nur daß er diesen Schluß recht liebevoll in die Watte von allerhand Bummel und Aber und freundlicher Komplimente für das gute Herz und die eventuellen Leistungen der Damen eingewickelt hat, Leistungen, über deren Einzigkeit sich der Berichterstatter selbst keinen Illusionen hingiebt.

Die Errichtung einer Gewerbeschule für Mädchen wurde vom Parlament des Staates Colorado auf den Antrag seines Mitglieds, Frau Harriet Wright, beschlossen. Das Parlament bewilligte, wie Frau Wright beantragt hatte, zur Errichtung der Anstalt und eines damit verbundenen „Heims“ für die Schülerinnen 30 000 Dollars und 30 Morgen Land.

Zur Notiz.

Raummangels wegen mußte der Schlußartikel über „Die Frauenfrage auf dem Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs“ für nächste Nummer zurückgestellt werden.

Kuiftung.

Für die Genossin Scharow in Weipenssee gingen ein: Genossin A. Müller in Forst 5, Genossinnen in Gera 6, D. W. 2, S. R. 1, E. L. 2, einige Genossen bei Jäger-Leipzig 12, Genossin L. R. und Genosse S. R. 10, Genossinnen in Rdm 10, Genossin B. B. 1, Genossin A. S. 1, Na Leben 2, Genossin F. 150, Genosse N. N. 1, zwei Einjährige 1, Genossin Sh. im dunkeln Winkel Württembergs — 50, C. J. und F. J. 3, zwei revolutionäre Knaben 1. Summa 60 Mark.

Allen Gebern im Namen der Genossin Scharow herzlichen Dank.

E. Ihrer. G. Stagemann. M. Wengels.
Die Redaktion der „Gleichheit“.

Kuiftung.

Für den Agitationsfonds der Genossinnen gingen ein: 20 Mk. von den Genossinnen in Neu-Jsenburg durch Genossen Freitag. Dankend quittirt

Frau M. Wengels, Vertrauensperson.
Berlin O, Fruchtstraße 30, Quergeb. 2 Tr.